

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

5.9.1929 (No. 206)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Karlsruher Straße Nr. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. C. H. Seyfried, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Stebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellungen tarifferter Abat, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Abat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Walschivbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Macdonalds Rede in Genf

Nach Macdonald Briand und Stresemann
Am heutigen Donnerstag wird voraussichtlich der deutsche Außenminister Dr. Stresemann, der am Mittwoch in Genf eingetroffen ist, auf die Rede Macdonalds antworten. Zunächst sprach heute vormittag Briand.

Macdonald hatte seinerzeit 1924 der Vollversammlung des Völkerbundes gemeinschaftlich mit Herriot den Plan eines Protokolls vorgelegt, das alle dem Völkerbund angehörigen Staaten und insbesondere die europäischen Nationen zu einem Schutz- und Trutzbündnis gegen den „Angreifer“ vereinigen sollte, das sog. Genfer Protokoll, für das die Zeit freilich nicht reif war. Frankreichs Spiel erwies sich im weiteren nicht als eifrig. Man benutzte die drei Schlagwörter des Genfer Protokolls „Sicherheitswesen, Sicherheit, Abstützung“ zu einer Verschleppung der europäischen Verjährungsfrist, was auch Macdonald erkannte. Die Befestigung des Genfer Protokolls durch die spätere konföderative Regierung Baldwin ebnete dann erst den Weg zum Rheinpakt und zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Diesmal ist die Stellung Macdonalds viel stärker als vor fünf Jahren. Seine Rede am Dienstag machte großen Eindruck. Die englische Delegation will zu der Frage der Abrüstung konkrete Vorschläge einbringen, die sich dem deutschen Standpunkt stark annähern dürften. In Frankreich herrscht darüber stichtliches Unbehagen.

Über die Bedeutung der Rede Macdonalds wird der „Frankf. Ztg.“ u. a. aus Berlin geschrieben: Wenn jetzt der Premierminister Großbritanniens eine Änderung des Völkerbundespaktes verlangt, durch die der Krieg, wie durch den Kellogg-Pakt, aus dem Bereich des Geschehens verjagt wird; wenn er nach Deutschland als bisher einziger Großmacht, die diesen Schritt getan hat, die Unterwerfung seines Landes unter die Haager Schiedsgerichtsbarkeit verkündet; wenn er auf Abrüstung als die Voraussetzung zur Sicherheit und damit zur Bewahrung des Friedens drängt; wenn er auf die Wichtigkeit der Minderheitenfrage hinweist; und wenn er endlich den Gedanken einer Jollunion aufnimmt: dann versteht man sich kaum im Ausbruch, wenn man von einem epischen Ereignis spricht.

Briands Rede

W.D. Genf, 5. Sept. (Tel.) Nach der vorgestrigen Rede Macdonalds nahm heute mittag gegen 12 Uhr der französische Ministerpräsident Briand das Wort, um vor der Völkerbundesversammlung den französischen Standpunkt zu den aktuellen Problemen zu entwickeln. Er sprach auch diesmal mit dem starken Pathos, das man an seinen großen Reden kennt, und wurde an zahlreichen Stellen durch lebhaften Beifall unterbrochen.

Zu Beginn seiner Ausführungen wies Briand darauf hin, daß der Völkerbund bereits zehn Jahre bestünde. Diese Zeit sei nicht verloren gewesen. Der Völkerbund habe die großen Schwierigkeiten, auf die er stieß, überwunden und den Skeptizismus besiegt. Heute habe er das Vertrauen vieler Völker. Alles, was im Interesse des Friedens in den letzten Jahren geschaffen wurde, sei nur mit dem Völkerbund möglich gewesen. Das gelte auch für Locarno und den Kellogg-Pakt. Es bleibe aber in der Arbeit für den Frieden immer noch eine große Lücke, die früher oder später ausgefüllt werden müsse. Wir haben den Krieg als Verbredchen gestempelt, fuhr Briand fort. — Wer aber könnte sagen, daß das Werk des Völkerbundes dadurch vollendet ist? Er muß alles vorbereiten, um den Krieg zu vermeiden. (Anhaltender Beifall.)

Was wird der Völkerbund tun, wenn der Krieg ausbricht? Vor einigen Jahren bemühte man sich einen Monat lang vergeblich, Sanktionen für den Friedensstörer zu finden. Aber wir können auf die Strafe nicht verzichten, wenn wir die Rinde überbrücken wollen.

Ein Friedenswerk sei jetzt im Haag zustande gekommen; sicher nicht ohne Hemmungen, aber der Gedanke des Friedens habe den Staatsvertretern geholfen. Wäre das Werk im Haag nicht vollendet worden, so würde dem Friedensgeist der Todesstoß verfehlt worden sein. Das wäre nicht möglich gewesen, denn über den einzelnen Wünschen steht das Problem der politischen Versöhnung.

Briand kam dann auf die Frage der Abrüstungsbeschränkungen zu sprechen, die eine heilige Pflicht der Unterzeichner des Kellogg-Paktes sei. Allerdings gebe es Schwierigkeiten. Da sei zunächst das Problem der Sicherheit, die sehr schwer festzustellen sei. Aber auch dieses Problem müsse durch Zusammenarbeit gelöst werden. Die privaten Besprechungen über dieses Problem, die jetzt im Gange sind, würden sicher gute Erfolge bringen. Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Abstützung müßte der Völkerbund einen energischen Schritt vorwärts tun. Dieses Problem könne nicht durch technische Mittel gelöst, sondern müsse auch politisch angefaßt werden.

Im Zusammenhang hiermit bereitete Briand sich auch über das, was man als seinen Gedanken der „Vereinigten Staaten von Europa“ bezeichnet hat. „Ich habe mich einer Idee angegeschlossen — sagte er —, die man unvorsichtig genannt hat, die aber großzügig ist. Diese Idee hat nach und nach an Boden gewonnen.“

Letzte Nachrichten

Die Rheinlandräumung

Sonderon: Das Abkommen ist vollkommen klar

W.D. London, 5. Sept. (Tel.) Der Genfer Korrespondent des „Daily Herald“ lenkte die Aufmerksamkeit des britischen Staatssekretärs Sonderon auf den Meinungsstreit in der französischen Presse über die Auslegung eines Satzes im Haager Abkommen bezüglich der Bedingungen der Räumung der dritten Rheinlandzone und auf die Behauptung der französischen Presse, daß die Räumung von der Mobilisierung eines Teiles des französischen Heeres an der ungeschützten deutschen Annuität abhängig sei. Sonderon betonte, daß die Worte des Abkommens vollkommen klar seien und daß die Räumung Ende Juni durchgeführt sein müsse. Er sagte: Ich bin überzeugt, daß Briand die im Haag eingegangene Verpflichtung ehrenhaft durchzuführen wird, und ich würde bedauern, wenn die Presse irgendwelcher interessierter Länder vorzüglich die innenpolitischen Schwierigkeiten Stresemanns oder Briands vermehren würde.

Sir Josiah Stamp über den Youngplan

W.D. London, 5. Sept. (Tel.) Einige Blätter veröffentlichten einen Brief, den Sir Josiah Stamp an eine Persönlichkeit geschrieben hat, die ihm wegen der Kritik an seiner Pariser Arbeit geschrieben hatte. In dem Brief Stamp's heißt es, die volle Geschichte kann erst in einigen Jahren erzählt werden. Die Wahl, der ich im Mai gegenüberstand, war, gegen den einstimmigen Bericht der anderen Einspruch zu erheben (in diesem Falle wäre die deutsche Annahme endgültig ausgeblieben) oder zuzustimmen. Der Fehlschlag hätte, wie dies auf den Finanzmärkten zutage trat, eine sich auf Großbritannien ausdehnende Finanzkrise bedeutet. Die Transfereinstimmungen des Damesplanes wären sofort in Kraft getreten und alle Reparationen wären eingestellt worden. Ich würde es hundertmal wieder tun.

Über unsere „Verluste“ wird außerdem viel Unfuss geredet. Snowden hatte es sich in den Kopf gesetzt, etwas von den Beträgen der romanischen Länder zu freieren. Dabei hat er so gut wie nichts bekommen, und unser Gesicht wurde gewahrt, indem Deutschland mehr auferlegt wurde, was eher das Gegenteil von dem ist, was aus wirtschaftlichen Gründen unser Bestreben in Paris war. Ich beweise die endgültige Wirksamkeit des Sieges aus wirtschaftlichen Gründen. Ich bin nicht genügend Politiker, um zu sagen, ob es eine gute Politik ist.

Die englisch-

amerikanischen Flottenverhandlungen

W.D. London, 5. Sept. (Tel.) „Daily News“ berichtet aus New York, daß die Flottenverhandlungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten ins Stocken geraten seien. Die Admiräle schienen die Lage in die Hand genommen zu haben. Aus diesen Anzeichen gehe hervor, daß Macdonald in Genf vorgestern weitergegangen sei, als Washington haben wollte.

Deutsche Gesellschaft für Medizin und Naturwissenschaften

W.D. Budapest, 6. Sept. (Tel.) In Budapest wurde heute der 22. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Medizin und Naturwissenschaften und daran anschließend eine medizinisch-historische Ausstellung eröffnet.

Im Namen der ungarischen Regierung hielt der stellvertretende Ministerpräsident, Wohlfahrtsminister Dr. Böh, eine längere deutsche Begrüßungsansprache, in der er der Bemunterung für deutsche Forscherarbeit und mutiges deutsches Vorwärtstreben Ausdruck gab. Die wissenschaftliche Arbeit sei mit der größten Energie auf medizinischem, naturwissenschaftlichem und soziologischem Gebiete in fast fiebershaftem Tempo in Schwung gekommen. Diese Arbeit sei, bewußt oder unbewußt, besetzt von dem unausfallsamen Willen einer besseren Gestaltung der menschlichen Lebensformen. Die Erforschung der Geschichte, also des Werdens der Medizin und der Naturwissenschaft, sei hervorragend geeignet, Wertvolles für den menschlichen Fortschritt zu leisten.

Der Gesundheitszustand Clemenceaus, der sich auf seinem Landsitz in der Vendée aufhält, gibt nach dem „Journal“ seit einigen Tagen zu einiger Beunruhigung Anlaß.

Besprechung Macdonald-Briand

W.D. London, 5. Sept. (Tel.) Pertinax meldet dem „Daily Telegraph“ aus Genf, gestern habe eine Besprechung zwischen den Ministerpräsidenten Briand und Macdonald stattgefunden. Diese Zusammenkunft sei vereinbart worden, weil Macdonald Briand mit seinen Ansichten über die Abänderungen bekannt machen wollte, die nach Ansicht der britischen Delegation in die Artikel 12 und 15 der Völkerbundesstatute eingefügt werden müßten, um dem Geiste des Kellogg-Paktes eine umfassendere Wirkung zu geben.

Briand habe sich, wie berichtet werde, sehr sorgfältig ausgedrückt, weil ihm erstens genaue Kenntnis der juristischen Folgerungen der Völkerbundesstatute fehle, zweitens, die geplante Eliminierung des § 7 des Artikels 15 (durch den es Staaten ermöglicht wird, Krieg für Recht und Gerechtigkeit zu führen, wenn der Völkerbundsrat nicht einen einstimmig angenommenen Vorschlag zur Lösung einer Streitfrage empfehlen kann), der französischen Politik nicht genehm sein könne, und drittens, weil es eine praktische Unmöglichkeit sei, irgendeinen Teil der Völkerbundesstatute zu verändern.

Die Verschuldung der deutschen Städte

Der Reparationsagent Parker Gilbert hat in seinem kürzlich veröffentlichten Zwischenbericht aufs neue behauptet, daß die deutschen Länder und Gemeinden durch die hohen Steuerüberhebungen des Reichs zu immer größeren Verausgaben angezogen worden seien. Hiermit steht freilich die Zunahme der kommunalen Verschuldung im Widerspruch. Es wird uns hierzu von kommunaler Seite geschrieben:

Die Zunahme der Schulden zeigt, daß die Steuerüberweisungen an die Gemeinden nicht ausgereicht haben, um den dringenden Bedarf der Gemeinden zu decken, während andererseits eine Nachprüfung der Zwecke, für die die aufgenommenen Schulden verwendet worden sind, deutlich beweist, daß es sich dabei um notwendige Ausgaben handelte, die teils aus den Einnahmen der Gemeinden nicht gedeckt werden konnten, teils auch mit Recht aus Anleihemitteln beschafft worden sind, da der Nutzen der Verwendungszwecke erst einer späteren Zukunft zugute kommt. Es muß daher immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die von Parker Gilbert geleitete Kritik an der Finanzgebarung der deutschen Gemeinden auf einer bedauerlichen Unkenntnis des deutschen kommunalen Lebens und der Bedeutung der deutschen Kommunen sowie ihrer Aufgaben beruht.

Angeht die immer wiederholten kritischen Ausstellungen des Reparationsagenten ist es natürlich von größter Wichtigkeit, daß zahlenmäßige Beweise für die Solidität und innere Notwendigkeit der gemeindlichen Finanzwirtschaft erbracht werden. Der Deutsche Städtetag hat laufende statistische Erhebungen über die städtischen Schulden und ihre Verwendungszwecke vorgenommen, die er in seinen „Statistischen Vierteljahrsberichten“ veröffentlicht hat. Es ergibt sich aus dieser Erhebung, daß einerseits die städtische Verschuldung keineswegs übermäßig hoch ist, daß aber immerhin sowohl im Jahre 1928 als auch im ersten Kalendervierteljahr 1929 erhebliche neue Schulden von den Städten eingegangen werden mußten, weil die laufenden Einnahmen der Gemeinden, insbesondere aus den Steuerüberweisungen des Reichs, nicht genügend, um die notwendigen kommunalen Ausgaben zu decken. Bei der Bewertung dieser zahlenmäßigen Angaben ist zu berücksichtigen, daß die Erhebung sich nur auf die Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern erstreckte. Sie gibt aber trotzdem ein einigermaßen abgerundetes Bild von der Verschuldung der deutschen Gemeinden, weil die Schulden der Städte mit weniger als 25 000 Einwohnern nur einen sehr kleinen Bruchteil der kommunalen Gesamtverschuldung ausmachen.

Betrachtet man das Gesamtergebnis der Erhebung, so zeigt sich, daß die Inlandsanleihen der Städte im Etatjahr 1928/29 um nicht weniger als 1330 Millionen Reichsmark auf insgesamt 2410 Millionen Reichsmark gestiegen sind, während gleichzeitig die ausländischen Anleihen um 287 Millionen Reichsmark auf insgesamt 881 Millionen Reichsmark angewachsen sind. Faßt man nur den Zuwachs der Schulden im ersten Vierteljahr 1929 ins Auge, so ergibt sich eine Steigerung der langfristigen Inlandschulden um 341, der langfristigen Auslandsschulden um 56 Millionen Reichsmark, während gleichzeitig die kurzfristige Verschuldung sich um 36 Millionen Reichsmark erhöht hat. Diese Zahlen geben, wenn man sie sachlich wertet, zu irgendwelchen Bedenken keinen Anlaß. Der Deutsche Städtetag hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Kommunalverwaltungen vergeblich bemüht gewesen sind, ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten abzulösen. So bedauerlich es ist, daß die kurzfristige Verschuldung der Gemeinden sich weiter erhöht hat, so ist das doch bei der bekannten Verfassung der inländischen sowie der ausländischen Geldmärkte, die eine Umwandlung der kurzfristigen Schulden in langfristige Anleihen außerordentlich erschweren, durchaus begründet.

Was die Verteilung der langfristigen Schulden auf die verschiedenen Größenklassen der Städte anbelangt, so sind die Unterschiede, je Kopf der Bevölkerung nicht allzu groß. Wenn die Städte mit 25—50 000 Einwohnern eine etwas geringere Schuldenlast haben, so beruht das wohl mehr auf den größeren Schwierigkeiten der Kreditaufnahme als auf einem geringeren Kreditbedarf. Andererseits zeigt die hohe Schuldenlast der Städte mit 50—100 000 Einwohnern ziemlich deutlich die große finanzielle Notlage dieser Mittelstädte, deren Kredit im Gegensatz zu der erstgenannten Gruppe groß genug ist, um den dringlichen Bedarf durch Anleiheaufnahme befriedigen zu können.

Interessante Einblicke in die kommunale Finanzwirtschaft und ihre Notlage gestatten die Ergebnisse der Erhebung über den Verwendungszweck der Anleihen. Dabei wird zunächst festgestellt, daß der Ertrag der Auslandsanleihen zu nicht weniger als 99,9 Prozent für Zwecke der Elektrizitäts- und Wasserversorgung verwendet worden ist, wobei wiederum 95,7 Prozent auf die Elektrizitätsversorgung entfallen. Der kleine Rest von 0,1 Prozent ist für Kanalisationszwecke verausgabt worden. Aber auch die Erhebung über die Verwendungszwecke der im ersten Kalendervierteljahr 1929 aufgenommenen 382 Millionen Reichsmark Inlandsanleihen beweist, daß hier fast ausschließlich Verausgaben zu verbenden Zwecken vorgenommen worden sind. Auf die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung entfielen hier nur 5,1 Prozent der gesamten Anleiheerträge, was darauf zurückzuführen ist, daß die Mittel für diese Zwecke mit Vorliebe aus Auslandsanleihen beschafft worden sind. 33,5 Prozent der gesamten Aufkommen aus inländischen Anleihen wurden für Verkehrsunternehmungen, einschließlich der Hofenbetriebe, verausgabt, weitere 24,9 Prozent für den Wohnungsbau. Beides sind anerkanntermaßen werdende nützliche Zwecke, und auch ihre Dringlichkeit kann angesichts der unzureichenden Verkehrs- und der noch weit schmerzlichen Wohnungsnotlage ernstlich nicht bestritten werden.

Alle anderen Verwendungszwecke bleiben hinter diesen beiden wesentlich zurück. Aber auch Straßenbau und Straßenunterhaltung, Schulbauten, Bau von Krankenhäusern und anderen Wohlfahrtsanstalten, Kanalisationsanlagen sowie Schaffung von Markthallen und Schlachthöfen usw. sind wichtige kommunale Aufgaben, die nicht immer aus laufenden Einnahmen gedeckt werden können, besonders eben dann nicht, wenn diese Einnahmen ohnehin nicht ausreichen, um den notwendigen Bedarf an laufenden Ausgaben voll zu decken.

Man gewinnt aus den Ergebnissen dieser Erhebung gewiss nicht den Eindruck, daß hier Gelder verschwendet worden oder daß Anleihen zu Luxuszweden aufgenommen worden sind. Damit ist natürlich nicht bewiesen, daß jede einzelne Ausgabe dringlich gewesen ist, und daß nicht auch in den Gemeindeverwaltungen an mancher Stelle noch mehr hätte gespart werden können.

Der Weltflug des „Graf Zeppelin“

Rund um die Welt in 20 Tagen

„Graf Zeppelin“ hat diesmal die Strecke Latehurlst-Friedrichshafen in 67½ Stunden zurückgelegt und damit erneut den Beweis erbracht, daß für den Transatlantik-Schnellverkehr vorerst nur Luftschiffe in Frage kommen. Bei der Fahrt rund um den Erdball hat das Luftschiff in 20 Tagen und 4 Stunden einen neuen Rekord aufgestellt. Aber schon heute läßt sich sagen, daß diese Fahrt nicht als eine Spitzenleistung der Friedrichshafener Werft betrachtet werden muß, sondern daß die Neubauten, die voraussichtlich im Juni nächsten Jahres beendet sein werden, eine noch erheblich größere Jahrgeschwindigkeit entwickeln werden. Die neuen Luftschiffe werden zwar nicht so lang sein wie der „Graf Zeppelin“, dafür aber wesentlich gedrungener und sich der Tropfenform noch stärker nähern. Die neuen Schiffe sollen vor allen Dingen auch eine Raufkabine enthalten, da die Passagiere auf den bisherigen Fahrten immer wieder darüber klagten, daß sie den Nitotingenuß allzusehr entbehren mußten.

Glückwünsche

Der Reichstanzler hat von Bülcherhöhe aus an den Luftschiffbau Friedrichshafen das nachstehende Telegramm gerichtet: „Zu der erfolgreichen Durchführung des Weltfluges des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ und zu der glücklichen Rückkehr in die Heimat spreche ich der Führung und der Besatzung zugleich namens der Reichsregierung herzlichste Glückwünsche aus. Die hervorragende Leistung von Schiff und Besatzung erfüllt das ganze deutsche Volk mit Begeisterung.“

Die württembergische Regierung sandte an Dr. Edener in Ulm folgendes Telegramm: „Zu der eben erfolgten Landung des „Graf Zeppelin“ im Heimathafen sendet dem ruhmreichen Führer die zur Begrüßung anwesende württembergische Staatsregierung herzlichste Glückwünsche. gez. Staatspräsident Dr. Holz.“

Der österreichische Bundespräsident Miklas hat an den deutschen Reichspräsidenten v. Hindenburg folgendes Telegramm gerichtet: „Aus Anlaß der glücklichen Heimkehr des „Graf Zeppelin“ von seiner triumphalen Weltfahrt, auf der er überall als Freundschaftsbote und als Bänder des Ruhmes deutscher Technik jubelnd empfangen wurde, entbiete ich Ew. Exzellenz und dem Deutschen Reich die aufrichtigsten Glückwünsche Österreichs, wo die stolze Freude des deutschen Volkes begeistertster Widerhall findet.“

Die Zeppelin-Ghengäste auf der „Do X“

Im Anschluß an die Feierlichkeiten in Friedrichshafen besichtigten die Ehrengäste das vor dem Kurparkhotel in Friedrichshafen vor Anker liegende Dornier-Luftschiff „Do X“, das alsdann mit mehreren Passagieren einen Rundflug über dem Bodensee unternahm. Unter den Fluggästen befand sich u. a. der bairische Staatspräsident, Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald sowie andere prominente Gäste.

„Do X“ soll schon in nächster Zeit nach der Nordsee übergeführt werden. In der Werft sind zwei neue Luftschiffe in Angriff genommen. Die Absicht, dem Luftschiff einen besonderen Namen zu geben, ist fallen gelassen worden, weil der Name „Do X“ in allen Kreisen lebhaften Anklang gefunden hat.

Ein gefährlicher Fahrgast

Wie erst nach der Landung des „Graf Zeppelin“ bekannt wurde, hat sich, als das Luftschiff auf der Fahrt von Latehurlst nach Friedrichshafen war, eine gefährliche Situation ergeben. In Latehurlst war an Bord des „Graf Zeppelin“ ein New-Yorker Kaufmann namens R. Hogg gekommen, der die Fahrt nach Friedrichshafen mitzumachen wünschte. Mr. Hogg war ebenso wie die anderen Fahrgäste darüber belehrt worden, daß auf dem Luftschiff wegen Explosionsgefahr kein Feuer gemacht oder geraucht werden dürfe. Als das Luftschiff sich mitten über dem Ozean befand, betrat der Amerikaner R. Richard den Wachraum und stellte dort zu seinem höchsten Befremden fest, daß die Kabine ganz mit Haartraum angefüllt war. Man stellte fest, daß Mr. Hogg zuletzt im Wachraum gewesen war. Dieser gestand, daß er seine Rauchlust nicht mehr habe bezähmen können, und daß er in der Tat eine Zigarre im Wachraum geraucht habe. Mr. Hogg mußte sich darauf einer förmlichen Untersuchung unterziehen, und es wurden ihm seine Zigarren und sein Taschenfeuerzeug fortgenommen.

Annahme des Zusatzprotokolls zum Haager Statut

Die Mittwoch nachmittag von den Vertretern von 40 Signatarstaaten in Genf abgehaltene diplomatische Konferenz hat das Zusatzprotokoll des Beitritts der Vereinigten Staaten von Amerika zum Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag einstimmig angenommen. Mit der Annahme dieses Zusatzprotokolls, das von einem besonderen Juristenkomitee im Rätebundsrat ausgearbeitet worden war, sollen die letzten Schwierigkeiten in bezug auf die bekannten amerikanischen Vorbehalte beseitigt und damit der Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Gerichtshof ermöglicht werden. Die letzte Entscheidung liegt nunmehr beim amerikanischen Senat, dessen Haltung kaum zweifelhaft sein kann.

Die gestrige Besprechung zwischen Briand und Macdonald wird vom Genfer Berichterstatter des „Petit Parisien“ als eine Fortsetzung des in Paris begonnenen Meinungsaustausches bezeichnet. Insbesondere seien der britische Vorschlag, die Völkerbundsstatut mit dem Kelloggspakt in Einklang zu bringen, und der französische Plan eines europäischen Wirtschaftsbundes, die bei der ersten Besprechung nur gestreift werden konnten, gestern eingehend erörtert worden. Bezüglich des englischen Vorschlages auf Abänderung der Artikel 12 und 15 der Völkerbundsstatut sei ein englischer Korentwurf zugunsten eines französischen Gegenentwurfes zurückgestellt worden. Briand habe dem englischen Premierminister die Zusicherung gegeben, daß Frankreich an der Konferenz der fünf großen Seemächte, die von Macdonald angekündigt wurde, teilnehmen werde.

Die Reform der Arbeitslosenversicherung

Keine Fortschritte

Die am Mittwoch in Berlin stattgefundenen Besprechungen der Parteiführer mit der Reichsregierung haben keinerlei Fortschritte in der Reform der Arbeitslosenversicherung gebracht. Über die von Anfang an vorhandenen wichtigsten Streitpunkte konnte man sich nicht verständigen.

Das Reichskabinett hat, wie die „Germania“ berichtet, sich Mittwoch abend noch in einer kurzen Besprechung mit dem negativen Ausgang der Verhandlungen der Regierungsfractionen mit der Arbeitslosenreform befaßt. Ein entschlossenes Eingreifen in die verfahrenen Lage sei kaum zu erwarten. Das Reichskabinett selbst sei in der Frage der Arbeitslosenversicherung gespalten. Die politische Lage, so bemerkt das Zentrum, blähe weiter, die sich aus der von ihr geschilderten Lage ergibt, sei zweifellos ernst. Trotzdem gebe man der Erwartung Ausdruck, daß sich noch eine Einigung der Parteien ermöglichen lasse, und man nicht zu dem Mittel einer uferlosen Verlagerung greife. Wenn die diktatorische Haltung einiger Regierungsparteien die Dinge zu einer politischen Krise treiben wollte, so sei das das Unverantwortlichste, was wir bisher erleben müßten.

Der „Vorwärts“ sagt: Es ist also auch der neuerliche Versuch, auf dem Umwege über die Parteiführer zu einer Einigung in der Frage der Arbeitslosenreform zu gelangen, erfolglos geblieben. Die Hauptursache dafür liegt nach wie vor in dem Verhalten der Deutschen Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei glaubt durch die beharrliche Ablehnung der Beitragserhöhung, deren Notwendigkeit in ihren Kreisen kaum noch bestritten werden kann, den allgemeinen Abbau der Versicherungsleistungen trotz allem noch erzwingen zu können. Das ist aber ein Trugschluß. Die Sozialdemokratie wird keinen allgemeinen Abbau zulassen. Der Sozialpolitische Ausschuss müsse seine Beratungen zu Ende führen. Die Parteien müssen zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen, und dabei werde die Klärung der Situation durchgeführt werden, die die Voraussetzung für die Mehrheitsbildung sei.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, daß die Deutsche Volkspartei bei ihrer Absicht bleibe, die in der Regierungsvorlage enthaltene Beitragserhöhung nicht mitzumachen. Das Blatt weist schließlich auf die Dringlichkeit dieses wichtigen finanzpolitischen Problems hin. Selbstverständlich sei es sehr wohl möglich, Ende September den Reichstag für einige Tage einzuberufen, aber die Regierung lasse die Führung vermissen.

Die Streitpunkte

Aber die Streitpunkte wird noch mitgeteilt. Es handelt sich um die Frage der Anwartschaft auf Unterstützung, der Barzeit, der Leistungssteigerung und der Beitragserhöhung. Die Sozialdemokraten, die bisher den Vorschlag der Regierungsvorlage auf Entzug der Unterstützungsfähigkeit für berufstätige Arbeitslose bis zu den Sägen der Kriegsfürsorge ablehnten, haben sich jetzt bereit erklärt, diesen Vorschlag (im Regierungsprogramm ein Posten von 21 Millionen Reichsmark) mitzumachen, dagegen lehnen sie als einzige Regierungspartei den Vorschlag der Regierungsvorlage über die Verlängerung der Barzeit (ein Posten von 25 Millionen Reichsmark) nach wie vor ab, so daß das in der Regierungsvorlage enthaltene Defizit von 47 Millionen Reichsmark sich um diesen Posten erhöhen würde. Ebenso erhöht sich der Fehlbetrag auch noch dadurch, daß die Deutsche Volkspartei eine Beitragserhöhung ablehnt. Auf der heutigen Tagung des Sozialpolitischen Ausschusses werden nunmehr zur Abstimmung kommen ein völksparteilicher Vorschlag, der Erparnisse von 185 Millionen vorseht, ein deutschnationaler Vorschlag mit Erparnissen von 160 Millionen und ein Zentrumsvorschlag mit Erparnissen von 45 Millionen Reichsmark. Nach der Stellungnahme der Regierungsparteien ist anzunehmen, daß mit wechselnden Mehrheiten alle drei Anträge abgelehnt werden, so daß das Reformprogramm zunächst eine erhebliche Lücke haben würde, deren Ausfüllung in einer zweiten Lesung versucht werden müßte.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich am Mittwoch erneut mit der Arbeitslosenversicherung befaßt. Die Fraktion beharrt auf der Forderung, daß die Reformvorlage mit aller Beschleunigung verabschiedet werde, damit noch vor dem für den Herbst zu erwartenden Anwachsen der Arbeitslosigkeit die Finanzlage der Reichsanstalt gesichert und eine neue Beanspruchung der Reichskasse ausgeschlossen werde. Mit der Sozialdemokratie geht die Fraktion insoweit einig, als sie eine allgemeine Herabsetzung der Versicherungsleistungen ablehnt; sie glaubt, daß der Ausgleich in der Bilanz der Reichsanstalt erzielt werden könne, wenn die Saisonarbeiter einer Sonderbehandlung unterworfen und für sie allgemein die Sätze der Streifenunterstützung eingeführt würden. Die Beitragserhöhung wird von der Fraktion nicht grundsätzlich abgelehnt, eine endgültige Entscheidung soll aber erst getroffen werden, wenn die Regierungsvorlage so umgestaltet ist, daß sie keine finanzielle Lücke mehr enthält. Nach der politischen Seite hin verlangt die demokratische Fraktion, daß alle Partner der Koalition der Novelle zustimmen müßten, daß also das Gesetz nicht mit wechselnden Mehrheiten zustande gebracht werden dürfe.

Sozialpolitischer Ausschuss

DDJ. Berlin, 5. Sept. (Tel.) Die Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages begann mit einem Ausschuhbericht des Reichsarbeitsministers Wissell über die Streitpunkte bei der Reform der Arbeitslosenversicherung und der durch die Regierungsvorlage verursachten Lösung.

Der Minister legte dem Ausschuss ausführliches statistisches Material vor. Der Ausschuss vertrat sich zur Prüfung dieses Materials bis zum Mittag. Inzwischen sollen auch die Anträge der Parteien dem Ausschuss vorgelegt werden.

Sowjettruppen in Westchina?

DDJ. London, 5. Sept. (Tel.) „Morning Post“ berichtet aus Peking: Die chinesische Presse meldet, daß 3000 Mann Sowjettruppen am 31. August in Sinkiang eingedrungen seien, den Nij-Fluß überschritten haben und sich Nj näherten. Die Lage sei ernst.

Die tschechoslowakische Befreiungstage

DDJ. Prag, 5. Sept. (Tel.) Wie „Ridove Listi“ berichtet, wird die tschechoslowakische Regierung den Regierungen von Südbanien und Rumänien einen Antrag unterbreiten, laut welchem die von der Tschechoslowakei auf Reparationskonto zu zahlende Befreiungstage von 1,4 Milliarden Tschechoskronen in Form von Sachlieferungen für Arme, Eisenbahnen und Staatsunternehmen an die genannten Staaten geleistet werden soll. Dadurch soll eine innere Stärkung der kleinen Entente erzielt werden.

Die exterritorialen Gerichte in China

Eine englische Note

DDJ. London, 5. Sept. (Tel.) Die englische Regierung hat der chinesischen Nationalregierung eine Antwortnote auf den chinesischen Wunsch, die in der Jurisdiktion und Souveränität Chinas durch das System der Exterritorialität auferlegten Beschränkungen beseitigt zu sehen, überreichen lassen.

Die Note weist darauf hin, daß militärische Führer und gewisse Gruppen und Verbände irreguläre Gerichte schufen, oder versuchten, zu Recht bestehende Gerichte zur Förderung gewisser selbstlicher Zwecke zu benutzen. Bevor den an die Rechtsprechung zu stellenden Bedingungen nicht in weit größerem Maße entsprochen werde als gegenwärtig, scheine es keine andere durchführbare Möglichkeit zu geben als das bestehende System aufrecht zu erhalten, wenn auch vielleicht in modifizierter Form. Nach englischer Ansicht bestiehe augenblicklich das Problem nur darin, festzustellen, welche weiteren Änderungen in dem bestehenden System durchführbar seien. Die englische Regierung erwarte hierzu weitere Vorschläge der chinesischen Nationalregierung, denen gegenüber sie eine freundschaftliche und hilfsbereite Haltung einnehmen werde.

Ein Interview mit Stresemann

Der „Neue Rotterdamse Courant“ bringt aus der Feder seines Korrespondenten auf der Haager Konferenz ein erster Artikel des „Zu der Haager Konferenz“ überschriebene Charakterstudien der bedeutendsten Politiker der Haager Konferenz. — Nachdem sich ein früherer Artikel mit dem Ministerpräsidenten Briand befaßt hatte, ist dies ein „Stresemann“ überschriebener Artikel, der auf ein Interview zurückgeht, das der deutsche Reichsanzwältminister am Schluß der Konferenz in Scheveningen gewährt wurde.

Dr. Stresemann erklärte, es sollte geistlich festgelegt sein, daß jemand nicht länger als fünf Jahre Minister sein könne. Die gegenwärtige Zeit stelle große Anforderungen an einen Minister und insbesondere an einen Außenminister. Er würde auch ohne persönliches Bedauern von seinem Posten scheiden, wenn man ihn zu Fall brähe. Der eventuelle Nachtritt von seinem Posten erlaube ihm als ein wahres Freiheitsideal.

Der Schreiber des Artikels führt dann weiter aus, Dr. Stresemann scheine von der Sorte der Staatsmänner zu sein, die letzten Endes doch im Amt zu sterben wünschten. In dem Artikel wird Dr. Stresemann weiter als ein Mann reich an Erfahrungen und umhändig im Handeln, als ein Mann, der den Ernst habe, mit seinen Gefühlen und Kräften taktisch umzugehen, geschildert. Am Tage des Triumphes sei er der Mann, der der deutschen Republik die Stellung erschafft habe, die sie jetzt im Rate der Völker einnehme. Oft habe man Dr. Stresemann den Vorwurf gemacht, daß er eine einheitliche Linie bei seinen Handlungen habe vermissen lassen, aber gerade seine wechselnden Entscheidungen auf der Suche nach der für Deutschland richtigen Politik seien seine Stärke gewesen.

Der Plan für die Räumung Wiesbadens

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Wiesbaden: Die Räumungstermine für die britischen Truppen sind nun sämtlich festgelegt.

Der Beginn der allgemeinen Räumung wurde auf den 14. September festgelegt. Die Räumung wird in Königsheim beginnen, und zwar am 14. September zusammen mit Bad Schwalbach. Beide Orte sind am 27. September von Truppen frei. Am 29. September beginnt die Räumung Wiesbadens mit dem Auszug der Artillerie aus dem Ostteil Wiesbadens und dem Transport der Fuhraren aus dem Ostteil Schierstein. Am 9. Oktober beginnt der Abtransport des 2. Bataillons der Infanterie aus der Garnison in Wiesbaden. Am 14. November beginnt die Räumung von Bingen. Am gleichen Tage verläßt das 3. Bataillon Wiesbaden. Am 20. November räumt die englische Nachrichtentruppe Wiesbaden-Dehheim, und am 7. und 9. Dezember sind Wiesbaden und Bingen vollständig von Truppen frei. Als Schlußtag der Räumung wurde der 13. Dezember festgelegt.

Freigabe des deutschen Vermögens in England

Wie aus Berlin berichtet wird, schweben zur Zeit Sonderverhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der englischen Regierung über die Freigabe des deutschen Vermögens in England. Die großbritannische Regierung hat nunmehr für den Bereich ihrer Zuständigkeit Anweisung gegeben, daß für die Dauer dieser Verhandlungen vorläufig von weiteren endgültigen Verfügungen über das noch unliquidierte deutsche Vermögen grundsätzlich Abstand genommen wird. Es wird versucht, zu erreichen, daß die selbständig regierten britischen Dominions die gleiche Maßnahme treffen.

Das Anwachsen der höheren Schulen

Der sächsische Ministerialrat Dr. Menck-Glückert hat kürzlich an der Technischen Hochschule in Dresden einen Vortrag gehalten, in dem er nach einem Bericht der „Leipz. Neuesten Nachr.“ darauf hinwies, daß Sachsen im Jahre 1884 bei 1 600 000 Einwohnern 18 höhere Schulen mit 2130 Schülern, 1925 aber bei 5 Millionen Einwohnern 118 höhere Schulen mit 52 000 Schülern hatte. 1834 kam also auf 740 Einwohner ein höherer Schüler, 1925 auf 96 Einwohner.

Wenn die Entwicklung so weitergeht, dann sei die Zeit nicht mehr ferne, daß wir mehr höhere Schüler als Volksschüler haben. Das öffentliche Leben in Wirtschaft, Verwaltung und Kultur könne natürlich diese Riesenzahl junger Leute mit höherer Vorbildung gar nicht aufnehmen. Der Erfolg werde ein weiterer Anwachsen des akademischen Proletariats und ein Kräfteangelang an berufstätigen jungen Leuten sein. Das vorbeugende Mittel liegt der sächsische Schulmann in einer schärferen geistigen Auslese der für die höheren Schulen geeigneten Jugend. — Unferes Erachtens ist aber mit diesem Mittel nicht viel anzufangen. Man mag in der Auslese die Erschwernungen treffen, wie man will, es hat sich immer wieder gezeigt, daß bei der Aufnahme in die höheren Schulen in erster Linie wie bei der Wirtschaft Angebot und Nachfrage entscheidet. Der Hauptgrund für die Zunahme der höheren Schüler liegt darin, daß sich die Gemeinden in der Vernehmung der höheren Schulen, namentlich in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege, förmlich überboten. Um die neuen Anstalten zu füllen, wurden dann möglichst geringe Anforderungen gestellt, zumal es bei vielen Eltern zum guten Ton gehört, ihre Kinder in die höhere Schule zu schicken. Wenn sich der Staat bei seinen den höheren Schulen gewährten Zuschüssen auf das wirklich Notwendige beschränkte, würde in dieser Beziehung bald manches besser werden.

Die Grundsteinlegung zum Völkerbundspalast in Genf ist nunmehr auf Samstag nachmittag angelegt. In den Grundstein werden eine Kassette mit den Urkunden der Grundsteinlegung und ein Namensverzeichnis der Völkerbundsstaaten, ferner ein Exemplar des Völkerbundsstatutes und goldene und silberne Münzen aller Völkerbundsstaaten gelegt.

Schwarz-Rot-Gold Ein bayerisches Zeugnis

Unter den Reden, die am Verfassungstag gehalten wurden, wurde bereits die Ansprache bei der Behördenfeier in der Hauptstadt Bayerns hervorgehoben. Ein der Bayerischen Volkspartei angehörender Professor, Konrad Weyers, der als Mitglied der Nationalversammlung in Weimar mit am Werk war, hat sie gehalten. Die Rede ist nun als Broschüre erschienen. Es sei daraus eine Stelle über die Reichsflagge wiedergegeben:

„Der Entwurf des Ministers Dr. Preuß, hierin der Bismarckschen Verfassung gleich, kannte noch keine Verfassungsbestimmung über die Reichsflagge. Aber schon der Regierungsentwurf, wie er sich nach den Beschlüssen des Staatsauschusses darbot, hatte sich für die großdeutschen Farben schwarz-rot-gold entschieden. Im Verfassungsausschuss waren die Meinungen sehr geteilt. Der Berichterstatter, Professor Dr. Kahl, von der Volkspartei, bildete hier weiter als andere; er bekämpfte den Flaggenwechsel grundsätzlich als solchen und hätte zur Vermeidung von Zwietracht am liebsten gar keine Regelung in der Verfassung gesehen. Der hanseatische Demokrat, heute regierender Bürgermeister von Hamburg, Dr. Petersen, trat nachdrücklich für Beibehaltung der Flagge schwarz-weiß-rot ein. Die Unabhängigen verlangten verfassungsmäßige Festlegung der roten Flagge. Mehrheitssozialdemokraten und bürgerliche Mitte blieben mit großer Mehrheit beim großdeutschen Symbol schwarz-rot-gold. Das Regierungsentwurf stehen, das ja dann auch Gesetz geworden ist, förmlich mit dem bedeutenden Vorbehalt zugunsten der Handelsflotte, entsprechend den dringenden Vorstellungen der Schiffahrtstreibenden.“

So groß war die Zustimmung zu Schwarz-Rot-Gold in der Nationalversammlung, daß man allen Grund hatte, auf die allgemeine Zustimmung in der öffentlichen Meinung zu rechnen. Schwarz-Rot-Gold erschien als der einzig mögliche Ausgleich, als Annahme des geheiligten Symbols der großdeutschen Idee. In der Einheits- und Freiheitsbewegung nach den Befreiungskriegen hochgekommen, Flagge der Bürgerschaft, Flagge des Hambacher Festes, Flagge der Paulskirche, überlebte Schwarz-Rot-Gold das Unglücksjahr 1866 im Volksbewußtsein namentlich Süddeutschlands. Ein mächtiger Mann der Bayerischen Volkspartei, der in Weimar mit mir dieselbe Pensionssäule teilte, sprach mir dort in hoher Begeisterung von der schwarz-rot-goldenen Fahne, die sein Vater noch lange nach 1870 unentwegt an seinem Waffenschmuck trug. Er hatte seine festsitzenden Anzeichen der Weimarer Parteifarbe in feinsten Wollstoffen breitbandig schwarz-rot-gold umrahmt. Sie erhoffte also von der großdeutschen Idee für sich eine werdende Kraft und sie hat sich darin nicht getäuscht.

Erit nachher ist der ungeliebte Flaggenstreit entbrannt. Schwarz-Weiß-Rot wurde nicht nur das selbstverständliche Erinnerungssymbol an unsere Gefallenen, sondern geradezu ein Zeichen der Opposition gegen Weimar und seine Verfassung. Schwarz-Rot-Gold schien zeitweilig fast ganz auf die Linksparteien abgedrängt zu sein. Darum verhallen zunächst selbst die mahnenden Worte des Reichstanzlers Marx: „Schwarz-Rot-Gold ist keine Verleugung von Schwarz-Weiß-Rot, und wer Schwarz-Weiß-Rot in Ehren hält, braucht deshalb Schwarz-Rot-Gold nicht zu schmähen. Beide Flaggen haben in der neueren deutschen Geschichte eine hohe nationalpolitische Rolle gespielt.“ Man hat zur Vereinfachung des ungeliebten Weißes das Unmögliche versucht, durch eine vernünftig ausgelegte neue Flagge den Streit aus der Welt schaffen zu wollen. Daß ein solches Beginnen mißlingen mußte, war jedem klar, der für Symbole Sinn hat, die den Menschen ins Blut geschrieben sind. Nachdem Schwarz-Rot-Gold als Flagge der deutschen Republik verfassungsmäßig sanktioniert ist, ist an eine Rückwärtsredigierung nicht mehr zu denken. Darum werden wir dem Führer des Jungdeutschen Ordens recht geben, der vor nicht langer Zeit für seine einflussreiche Gruppe die Parole ausgab: „Achtet den Flaggenstreit!“

Mit der wachsenden Zustimmung zum neuen Staat und seiner Verfassung mehren sich ja von selbst die schwarz-rot-goldenen Fahnen. Mit mir werden Tausende den Tag, der kommen wird, weil er kommen muß, glücklich preisen, da auch in den Straßen Münchens die großdeutschen Farben uns von allen öffentlichen Gebäuden grüßen, wie überall sonst im Reich.“

Kurze Nachrichten

Curtius, Wirth und Gilsberding sprechen im Rundfunk. Außer Wirtschaftsminister Curtius werden nach einer Blättermeldung heute auch die Minister Wirth und Gilsberding über die Gaager Konferenz im Rundfunk Vortrag halten.

Die österreichische Sozialdemokratie gegen Verfassungsrevision. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen Aufruf der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands gegen eine der Verfassung angreifende, werde an dem geschlossenen Widerstand der Arbeiterpartei zerschellen.

Der Schulanfang in Polen. Dem „Kurjer Polski“ zufolge werden in diesem Herbst infolge Schulmangels 9000 Kinder in Warschau ohne Schule bleiben.

Entlassungen bei der Meier „Humanité“. Die Leitung der kommunistischen Partei in Frankreich, die, wie berichtet wurde, eine Reihe von Redakteuren der „Humanité“ in Paris entlassen hatte, setzt ihre Säuberungsaktion fort. Jetzt wird berichtet, daß auch bei der in deutscher Sprache erscheinenden „Humanité“ in Metz sechs Angestellte entlassen wurden, weil sie die Anweisungen des Zentralkomitees in der Angelegenheit der Arbeiter- und Bauernbank nicht befolgt hätten.

Badischer Teil

Die Wirtschaftsnot im mittelbadischen Grenzgebiet

Einen breiten Raum in den Verhandlungen der letzten Vollversammlung der Handelskammer Karlsruhe nahm — wie uns geschrieben wird — die Beratung über das von dem Reichsminister für die besetzten Gebiete eingeleitete Wirtschaftsprogramm ein, zu dem die Grenzländer besondere Wünsche, die sich aus der Grenzlage ergeben, anmelden können.

Hierüber berichtete eingehend Syndikus Dr. Krienen, der zunächst die bis jetzt bei der Handelskammer eingegangenen Anträge mitteilte. Der Berichterstatter wies sodann auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, wie sie in letzter Zeit eine Anzahl namhafter Industriezweige im Bezirk der Handelskammer betroffen habe. Große Betriebe und außerdem noch eine Reihe mittlerer und kleinerer Industriefirmen seien entweder in ihrem Weiterbestehen überhaupt gefährdet oder in bedauerlichster Weise zurückgegangen. Aber auch dem Handel des Bezirks seien schwere Schädigungen erwachsen. Besonders tröstlos hätten sich infolgedessen die Verhältnisse auf dem Ge-

biet des Arbeitsmarktes im Handelskammerbezirk Karlsruhe gestaltet. Während Württemberg mit einer sowohl größeren Einwohnerzahl als auch größeren Arbeiterzahl nur 12 000 Hauptunterstützungsempfänger habe, gäbe es deren in Baden 28 000. In den Monaten Juni und Juli dieses Jahres habe allein der Handelskammerbezirk Karlsruhe 91 Proz. der Arbeitslosen von ganz Württemberg gehabt, bei einer Einwohnerzahl von 550 000 im Handelskammerbezirk Karlsruhe und von 2 500 000 in Württemberg. Auch zur Zeit weist die Zahl der Arbeitslosen im Handelskammerbezirk Karlsruhe noch die außergewöhnlich hohe Zahl von fast 9000 Hauptunterstützungsempfängern auf, während diese Zahl vor wenigen Monaten sogar ein Vielfaches davon betragen habe und zeitweise bis auf 28 000 gestiegen sei. Diese gewaltige Arbeitslosigkeit sei nicht nur für die davon betroffenen Arbeitskräfte und ihre Familien außerordentlich bedauerlich, sondern sie bedeute auch für die arbeitenden Betriebe wegen der für die Gewerkschaften auszubringenden Unterstützungssumme eine gewaltige Belastung. Weiterhin wies sich die verringerte Kaufkraft in lähmender Weise auf das gesamte mittelbadische Wirtschaftsleben aus. Dieses wenig erfreuliche Bild der Wirtschaftslage Mittelbadens ist nach Ansicht des Redners zu einem sehr großen Teil auf die neue Grenzziehung im Westen zurückzuführen, die sich in schärfster Weise bemerkbar gemacht habe. Ohne tatkräftige Unterstützung aller maßgebenden Stellen, namentlich auch des Reiches, sei eine Aussicht auf Besserung kaum vorhanden.

Die anschließende sehr eingehende Aussprache, an der sich fast sämtliche Anwesenden beteiligten, stimmte den Ausführungen des Berichterstatters vollkommen zu. Insbesondere bestätigten mehrere Kammermitglieder aus den einzelnen Städten des Bezirks, so die Herren Stadtrat Rheinboldt, Mast, und Großkaufmann Strauß, Bruchsal, daß auch dort durch die neue Grenzziehung im Westen der Wirtschaft ganz erhebliche Ausfälle und Schwierigkeiten entstanden seien. Ein Wirtschaftsgebiet in dem so enge Verflechtungen, wie sie vor dem Kriege zwischen Baden und Elsaß-Lothringen, aber auch dem Saar-gebiet, bestanden hätten, könne nicht ohne einschneidende Folgen auseinandergerissen werden. Namentlich gehört Bruchsal nach den Ausführungen des Kammermitgliedes Stadtrat Rheinboldt zu den Städten, die am allermeisten durch den Verlust des Elsaßes geschädigt wurden. Etwa 50 Proz. des Abganges des Kaffaters Einzelhandels, bei einigen Betrieben sogar bis zu 70 Proz., sei vor dem Kriege auf das benachbarte Elsaß entfallen. Auch die hohe Steuerbelastung durch Staat und Kommune fand in der Aussprache lebhaften Kritik.

Im Interesse der badischen Wirtschaft wird sich die Handelskammer, bei der im übrigen noch Wünsche zu dem Wirtschaftsprogramm vorgebracht werden können, die eingehende Weiterbehandlung dieses schwierigen Grenzlandproblems für die nächste Zeit zu ihrer besonderen Aufgabe machen, und es wird hierfür ein besonderer Ausschuss eingesetzt. Die Verammlung begrüßte es lebhaft, daß Präsident Nicolai es übernommen hat, anlässlich der demnächstigen Anwesenheit des Reichsrates in Karlsruhe über die Wirtschaftsnote im mittelbadischen Grenzgebiet einen Bericht zu erstatten.

Aufnahme in das staatliche Handarbeitslehrerinnenseminar in Karlsruhe

Mit Rücksicht auf die große Zahl geprüfter Handarbeitslehrerinnen aus den Prüfungsjahren 1923 bis 1929, die zur Zeit auf ihre Verwendung warten und durch die der Bedarf auf Jahre hinaus gedeckt ist — einem jährlichen Bedarf von etwa 15 Handarbeitslehrerinnen stehen zur Zeit rund 300 geprüfte Bewerberinnen gegenüber — und im Hinblick darauf, daß mit einer Vermehrung der Stellen der Handarbeitslehrerinnen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, finden an Ostern 1930 am staatlichen Handarbeitslehrerinnenseminar in Karlsruhe Neuaufnahmen von Schülerinnen in den 1. Kurs des dreijährigen Lehrganges nicht statt. Infolgedessen wird auch an Ostern 1930 eine Handarbeitslehrerinnenprüfung nicht abgehalten werden.

Zu dieser Mitteilung des Amtsblattes des Unterrichtsministeriums sei noch bemerkt, daß schon in den letzten Jahren die Aufnahmen in das Handarbeitslehrerinnenseminar beschränkt, und nur vorgenommen wurden, unter der Erwägung, daß auf Verwendung im Staatsdienst keine Anwartschaft besteht. Die Aussicht, auf Grund der Ausbildung im Handarbeitslehrerinnenseminar Beschäftigung außerhalb des Staatsdienstes zu finden, ist aber so gering, daß die Unterrichtsverwaltung es nicht glaubt beantworten zu können, mit der Ausbildung wie bisher fortzufahren, und die Zahl derjenigen, die auf Anstellung oder auch nur auf Verwendung warten, zu vermehren.

Die Stadt Kehl an den Reichsminister Dr. Wirth

Der Bürgermeister der Stadt Kehl hat an Dr. Wirth folgendes Schreiben gerichtet:

„Mit dem ganzen deutschen Volk hatte besonders die Bevölkerung der Stadt Kehl die Verhandlungen im Gaag mit lebhafter Anteilnahme verfolgt und das Ergebnis der Konferenz mit Freude begrüßt. Werden wir doch nun hoffen, daß auch für unsere Stadt, der einzigen Badens, die noch unter der Besatzung leidet, bald die Stunde der Befreiung schlagen wird. Wir danken Ihnen, hochverehrter Herr Reichsminister, als dem obersten Sachwalter der Interessen der besetzten Gebiete und unserem badischen Landsmann ganz besonders für die Hinabe, mit der Sie unsere Interessen vertreten haben. Wir beglückwünschen Sie mit den sämtlichen Mitgliedern der deutschen Delegation aus Herzlichkeit zu dem Erfolg und wir verknüpfen damit die Bitte, auch in Zukunft die lebensnotwendigen Aufgaben der Stadt Kehl Ihre wohlwollende Anteilnahme zuzuwenden und uns in der schwer bedrängten finanziellen Lage, in den materiellen und geistigen Nöten Ihren Beistand und Schutz nicht zu verlagern.“

Hochverehrter Herr Reichsminister, bitte kommen Sie einmal zu uns nach Kehl. Ihre Anwesenheit wird die Bevölkerung in dem Vertrauen bestärken, daß der Reichsminister dem Baden Lande und besonders der Stadt Kehl helfen will, den großen Aufgaben, den Grenzschollbahn und der Ringbahnverlegung und alle damit zusammenhängenden Fragen durchgreifend zu lösen und damit die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Kehl aufwärts zu führen und die Bevölkerung in ihrer Vorpionstellung auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet nicht im Stich zu lassen.“

Die Landtagswahlen am 27. Oktober

Die Kreiswahlvorschläge für die Landtagswahlen müssen spätestens am Donnerstag, den 10. Oktober 1929, bei dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises eingereicht sein. Eine besondere Aufforderung zu ihrer Einreichung ist nicht mehr vorgeschrieben. Die verspätete Einreichung hat die Nichtzulassung zur Folge.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber der Reihe nach mit Ju- und Vornamen angeführt und ihr Stand oder Beruf, ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Außerdem soll in den Wahlvorschlägen die Partei der Bewerber angegeben werden.

Der Wahlvorschlag muß nach § 18 des Reichswahlgesetzes einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter bezeichnen, die bevollmächtigt sind, dem Kreiswahlleiter und dem Kreiswahlkreis des Wahlkreises Erklärungen abzugeben. Nicht diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

Die Kreiswahlvorschläge müssen von mindestens 50 Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein. Es empfiehlt sich aber, einige Unterschriften über diese Zahl beizubringen, da die Möglichkeit besteht, daß eine oder die andere Unterschrift aus irgendeinem Grunde für ungültig erklärt wird.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen auch ihren Beruf, Stand, Wohnort und ihre Wohnung beifügen. Die Unterschriften müssen leserlich sein und eigenhändig erfolgen.

Mit dem Wahlvorschlag sind einzureichen:

1. die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlag zustimmen;
2. die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Bewerber am Wahltag das fünfundschwanzigste Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem Jahr Reichsangehörige und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind;
3. die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlags in die Stimmliste oder Stimmliste eingetragen oder mit einem Stimmschein versehen worden sind.

Die Bescheinigungen sind gebührenfrei auszustellen.

Aus der badischen Landwirtschaft

Katastrophaler Hopfenmarkt. Die Lage auf dem Hopfenmarkt in Waldorf muß in den letzten Tagen als katastrophal bezeichnet werden, und das Schlimme ist, daß so gut wie keine Aussicht auf Besserung vorhanden ist. Trotzdem die Preise am Ausgang der vergangenen Woche von 70 bis auf 45 M gefallen sind, besteht bei den Händlern weder Lust noch Interesse, Käufe zu tätigen. Es ist vorläufig noch unabsehbar, wie sich diese Marktkatastrophe, die einzigartig im badischen Hopfenbau daßte, auswirken wird. Einige Landwirte haben sogar in ihrer Erbitterung die abgeernteten Hopfen zu Futterzwecken verwendet und sie der Fädelmaschine übergeben. Von der völligen Wafstodung werden auch viele Arbeiter betroffen, die um die Döpfenseit als Hopfenzupfer für einige Zeit guten Verdienst hatten.

Der Obstbau im Ringstal. Am letzten Sonntag fand in Ortenberg eine sehr gut besuchte Vertreterversammlung des Obstbauvereins Unter Ringstal statt, in der der Vorsitzende, Kreisobstbauinspektor Köfler, zunächst ein Referat über die derzeitige Lage im Obstbau gab. Der Winter hat eine Reihe von Bäumen schwer geschädigt, so aber, daß man die Wirkungen erst in diesem Sommer feststellen konnte. Der Frost hat wohl auch bewirkt, daß die verwendeten Kupferpräparate Verbrennungen herbeiführten. Wie diese Verbrennungen zu erklären sind weiß man heute noch nicht. Die Spritzmittel sind im Obstbau noch zu jung, um über alle ihre Wirkungen ein abschließendes Urteil haben zu können. Daß die Schädlinge damit wirksam bekämpft werden können, ist Tatsache. Schwefelbrühe gibt keine Verbrennungen, aber sie ist auch nicht so wirksam wie Kupferpräparate mit Arsenverbindung. Es kommt natürlich darauf an, daß in der Kaltebrühe nicht zu viel Kalk ist. Die Umfropfungsaktion hat auch in diesem Jahre im Kreis Offenburg wieder an 5565 Bäumen Veredelungen gebracht. Statt der vielen Zweifeln sollen Mirabellen gebaut werden. Vor Absatzgenossenschaften ist zu warnen, weil hierfür bei uns die Vorbedingungen nicht gegeben sind. Dem Handel muß beste Ware geboten werden, aber er muß auch die Qualität bezahlen. Der Gaslader Markt ist besser auszubauen. In der Diskussion sprach u. a. auch Dr. Schmidt von den höchsten Holzpreisen, der betonte, daß die Industrie keine ungetriebenen Mittel hinausgebe, und daß ganz abnormale Verhältnisse in der Witterung auch bei den Verbrennungen eine Schuld hätten. Die Industrie sei bemüht, die Schäden zu verhindern. Für die Beschädigung der Wärdte, den Anbau von Pfirsichen, die Verwertung von unverkauflichem Obst zu Branntwein wurden aus dem Preise der Verammlung sehr sachliche Vorschläge gemacht. Der Obstbau wird sich auch in diesem Jahre wieder an der Ortenauer Herbstmesse in Offenburg beteiligen.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruhe und „Graf Zeppelin“

Wie sehr ganz Karlsruhe an dem glänzenden Erfolg unseres „Graf Zeppelin“ teilnimmt, sah man an einem Gang durch die Straßen der Stadt, die reichen Fahnenstaud durch den Abends hat die Stadt eine Feier im Stadtgarten veranstaltet, zu der sich annähernd 15 000 Menschen eingefunden hatten.

Im Laufe des Abends richtete Oberbürgermeister Dr. Finter eine Ansprache an die Menge, in der er die Bedeutung der Weltfahrt des Zeppelins hervorhob. Eine Tat, deren Glanz weithin durch die Jahrhunderte leuchten wird. Mit Recht habe dieser Flug die ganze Welt in freudiger Erregung versetzt, und vor allem haben wir Deutsche Anlaß, mit der ganzen Begeisterung, deren wir fähig sind, dieses welthistorische Ereignis zu feiern. Der Blick der ganzen Welt sei wieder einmal auf die deutsche Leistungsfähigkeit gelenkt und Deutschland in der Achtung der ganzen Welt um ein Bedeutendes gehoben worden. Neben gedachte sodann des genialen Erfinders des lenkbaren Luftschiffs, des Grafen Zeppelin, und dankte den Männern, Dr. Eckener und seinen Betreuern, die das Werk bis zu seiner jetzigen Vollendung weitergeführt haben. Neben forderte zum Schluß zum Gesang des Deutschlandliedes auf, das von den Tausenden gesungen dem Empfinden aller Ausdruck verlieh.

Die Feier war umrahmt von Musikvorträgen der Polizeikapelle, wobei Obermusikmeister Heß den neukomponierten „Zeppelin-Marsch“ zu Gehör brachte. Der Sängerbund „Vorwärts“ und der Gesangverein „Konordia“ trugen wesentlich zur Verschönerung der glänzend verlaufenen Kundgebung bei.

Die Glückwunschtelegramme, die der Oberbürgermeister von Karlsruhe an Kapitän Lehmann und an den Luftschiffbau Zeppelin geschickt hat, lauten wie folgt:

„Kapitän Lehmann, Friedrichshafen, Bodensee.“

Ihnen als dem glänzend erprobten Helfer des großen Meisters der Lüfte, Dr. Eckener, und der ganzen braven, treubewährten Besatzung des Weltluftschiffes „Graf Zeppelin“ entbietet die Landeshauptstadt Karlsruhe zur glücklichen Rückkehr in hoher Bewunderung Ihrer einzigartigen Leistung die wärmsten Grüße und die herzlichsten Glückwünsche.

Oberbürgermeister Dr. Finter.

„Luftschiffbau Zeppelin, Friedrichshafen, Bodensee.“

Mit Jubel und heller Begeisterung über die stolze und unvergleichliche Leistung des Weltluftschiffes „Graf Zeppelin“ sendet Ihnen als der Geburts- und Heimstätte des Weltentbezwingers herzlichste und aufrichtigste Glückwünsche.

Die Landeshauptstadt Karlsruhe.

Oberbürgermeister Dr. Finter.“

Vorsicht bei Annahme beschädigter Reichsbanknoten! Seit einiger Zeit werden Noten in den Verkehr gebracht, die in betrügerischer Absicht aus Teilen echter Reichsbanknoten der gleichen Wertgröße zusammengesetzt sind. Diese Teile sind daran zu erkennen, daß die einzelnen Teile durch Klebstrifen verbunden sind. Es wird deshalb allgemein vor der Annahme zusammengeklebter Noten gewarnt, da stets die Möglichkeit besteht, daß es sich um Fälschungen handelt und der Empfänger Gefahr läuft, sie bei der Reichsbank nicht umgetauscht zu erhalten. — Es empfiehlt sich, zusammengeklebte Noten nicht anzunehmen, sondern die Inhaber an die Reichsbank zu verweisen. Wenn sich die Zahlung mit solchen Noten unter verdächtigen Umständen vollzieht, ist die Kriminalpolizei zu benachrichtigen. — Für die Ermittlung und Festnahme der Hersteller verfälschter Noten pflegt die Reichsbank Belohnungen bis zu 1000 M zu gewähren.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das Vordringen der kalten Welle tieferen Grades von Westen her hat zu keiner Änderung des allgemeinen Witterungscharakters geführt. Lediglich im Süden des Landes kam es zu vereinzelt Wärmegezeiten. Über dem west- und mitteleuropäischen Festland herrscht wie bisher übernormal warmes Wetter. Die heutigen Morgentemperaturen lagen in Deutschland meist zwischen 18 und 20 Grad, die Höchsttemperaturen gestern allgemein bei 30 Grad. **Wetterausblick:** Noch Fortdauer des sehr warmen und heiteren Wetters, vereinzelt Wärmegezeiten.

Gemeinderundschau

Ein neues Jugendwonderheim in Wertheim. Die Stadtgemeinde Wertheim hat dem Gau Baden einen Betrag von 1000 M sowie Bauplatz und Bauholz zur Erstellung eines neuen, großen Jugendwonderheims zur Verfügung gestellt. Der Bau soll noch im Herbst begonnen werden. Man rechnet damit, daß er bis zur nächstjährigen Wanderzeit fertiggestellt ist.

Wassermangel in Bühl. Der Stand des Wasserreservoirs ist zur Zeit sehr schlecht, so daß die größte Sparfahigkeit der Teilnehmer der Wasserleitung notwendig wird. Das Spritzen der Straßen, sowie jeder weitere Verbrauch muß eingeschränkt werden; auch die Bäder müssen auf ein Minimum beschränkt bleiben. Die Teilnehmer der Wasserleitung von Kappelwinden müssen, wenn die Wasserknappheit so weitergeht, auf einige Zeit ausgeschaltet werden.

Der Bürgerausschuß Volzhausen (Amt Kehl) genehmigte in seiner letzten Sitzung den Voranschlag 1929/30, der einen ungeheuren Aufwand von 9000 M aufweist. Die Umlage wurde auf 55 Pf (im Vorjahre 62) festgesetzt.

Der Bürgerausschuß Lauda stimmte der Einführung der Biersteuer mit 27 gegen 17 Stimmen zu.

An die Arbeitsgerichte werden vielfach von Arbeitgebern und Arbeitnehmern schriftliche Anfragen gerichtet, um festzustellen, wie die Rechtslage in bestimmten Streitfällen ist. Solche Anfragen können von den Arbeitsgerichten aber nicht beantwortet werden, weil diese hierdurch einer späteren Entscheidung durch die Richter vorgreifen würden. Deshalb sind solche Anfragen zwecklos. Die Arbeitsgerichte dürfen wohl das Publikum bei Abfassung einer Klageschrift beraten, und sie können auch in beschränktem Umfang mündlich und unverbindlich Auskünfte erteilen, z. B. um unnötige und aussichtslose Klagen zu verhindern, aber keinesfalls können Rechtsauskünfte schriftlich gegeben werden.

Im dem Forschungsinstitut für den Fremdenverkehr, das an der Berliner Handelshochschule geschaffen worden ist, werden im kommenden Wintersemester 1929/1930 die ersten Vorlesungen abgehalten werden. Der Leiter des Instituts, Professor Dr. Glücksman, hat drei Vorlesungen von je zwei Wochenstunden über „Fremdenverkehr“, „Sozialökonomie der Gaststätte“ und „Betriebslehre der Gaststätte“ angekündigt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ein Denkmal für die badische Landwehrdivision

Den Gefallenen der 8. (badischen) Landwehrdivision soll ein Denkmal errichtet werden auf der „Tüllinger Höhe“ bei Herrsching, mit dem Blick über den Rhein in das Kampfgebiet vom 19. August vor 15 Jahren. Dort hat das Landwehrinfanterieregiment Nr. 109 bei Tagtsdorf im Verbands der Truppen der Oberheim. Befestigungen unter Generalleutnant von Bodungen, als linke Flügelgruppe, neben den bei Lutterbach-Dornach und Brunstadt kämpfenden Truppen der 55. Landwehr- und 55. Ersatzbrigade (Generalleutnants Mathy und Dame, Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 110 und 40) den weitüberlegenen feindlichen Divisionen des Generals Pan so hartnäckigen Widerstand geleistet, daß der genannte Führer der französischen „Armee des Elsaß“ es nicht wagte, den abends ihren Rückzug bewerkstelligenden deutschen Truppen weiter als an den Mand der Ebene zu folgen. Die Luft, einen Vorstoß über den Oberrhein zu wagen, war ihm vergangen. So hat die tapfere badische Landwehr ihre Heimat vor französischem Einbruch geschützt und bewahrt, auch späterhin als 8. Landwehrdivision in mehr als zweijährigem, stets vordringendem Stellungskampf im Oberelsaß, in der „Trous de Belfast“. Das Denkmal in Altarm, mit dem Giebel in Abwechslung auf der Vorderseite und Widmung auf der Rückseite, wird jetzt errichtet.

bb. Destrigen (bei Bruchsal), 4. Sept. In einer gestrigen Betriebsratsitzung der G.E.G.-Zigarrenfabrik wurde beschlossen, die bisherige 35stündige Arbeitszeit beizubehalten, um die Aussperrung von 20 Proz. der Arbeiterkraft umgehen zu können. Man rechnet erst mit Eintritt der Wintermonate wieder mit einer Vollbeschäftigung.

bb. Baden-Baden, 5. Sept. Mittwoch nachmittag fuhr ein Personenauto, in dem sich zwei Personen befanden, von Bühlershöhe herab. Am letzten Heilen Stück der Straße, kurz vor der Stelle, wo alljährlich das Automobilrennen stattfindet, kam der Wagen ins Schleudern. Der Führer konnte ihn nicht mehr anhalten, so daß dieser die 80 Meter hohe Böschung hinunterfuhr. Er überschlug sich mehrere Male und blieb zertrümmert liegen. Der Führer, Dr. Karl Dietz, wohnhaft in Frankfurt-Höchst, wurde herausgeschleudert und erlitt dabei einen schweren Beinbruch. Seine Begleiterin, Frau E. Lambricht aus Stettin, kam unter den umgestürzten Wagen zu liegen und wurde getötet. Das Auto kam von Wildbad, wo die Weiden zur Kur weiten.

D3. Oberkirch, 4. Sept. Das Thermalbad Sulzbach ist zum Preise von 180 000 M vom Verband bad. Staats- und Gemeindefürsorge erworben worden. Es soll ein Ferienheilungsheim werden.

D3. Donaueschingen, 4. Sept. Das „Donaueschinger Tagblatt“ kann in diesem Jahre auf ein 150jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Grunde hat es eine reichhaltige Jubiläumssnummer herausgebracht. In ihr gibt Schriftleiter Toni Neffe einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung des Blattes. Eine ganze Anzahl wertvoller Aufsätze aus der Feder ausgezeichneter Kenner der heimatischen Verhältnisse ergänzen die reich illustrierte Festnummer.

D3. Stuttgart, 5. Sept. Wie die „Schwäbische Tagwacht“ hört, beläuft sich die Gesamtsumme der Unterstellungen beim Städt. Tiefbauamt nach den bisherigen Feststellungen auf etwa 50 000 M. In der Hauptsache waren falsche Rechnungen für nicht ausgeführte Pflasterarbeiten ausgestellt worden.

D3. Kaiserlautern, 5. Sept. Vom Bürgermeisteramt wird mitgeteilt, daß in der Stadt Kaiserlautern im Jahre 1930 eine Ausstellung veranstaltet wird, die sich mit der Pfalz während der Besatzungszeit befaßt.

Ein amerikanisches Flugzeug mit fünf Passagieren, das den Namen „City San Francisco“ trägt, wurde in der Nähe von Gallup in Neu-Mexiko aufgefunden. Sämtliche Insassen waren tot. Augenscheinlich ist das Flugzeug vom Blitz getroffen worden.

Kleine Chronik

Über Hamburg und Umgegend sind heute, Donnerstag früh mehrere schwere Gewitter niedergegangen. Im Stadtgebiet schlug der Blitz fünfmal ein, ohne jedoch zu zünden.

Auch die letzten Tage haben irgendwelche Aufklärungen über den Verbleib der beiden schweizerischen Ozeanflieger nicht gebracht. Der Schweizerische Aeroklub richtete an Dr. Ekener nach Amerika das telegraphische Ersuchen, beim Rückflug des „Graf Zeppelin“ nach den Vermissten Ausschau zu halten, das von Dr. Ekener sofort in bejahendem Sinne beantwortet wurde.

In der italienischen Pulverfabrik von Castenedolo (bei Brescia) ist das Pulvermagazin, in dem 87 Personen, größtenteils Frauen, arbeiten, infolge eines Brandes in die Luft geflogen. Nach den bisherigen Feststellungen sind 17 Personen getötet und etwa 20 zum Teil äußerst schwer verletzt worden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	3. September		4. September	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.17	168.51	168.13	168.47
Kopenhagen 100 Kr.	111.71	111.93	111.70	111.92
Italien . . . 100 L.	21.95	21.99	21.945	21.985
London . . . 1 Pfd.	20.345	20.385	20.345	20.385
New York . . 1 D.	4.1975	4.2055	4.192	4.205
Paris . . . 100 Fr.	16.42	16.46	16.45	16.46
Schweiz . . . 100 Fr.	80.79	80.95	80.78	80.94
Wien 100 Schilling	59.105	59.225	59.095	59.215
Prag . . . 100 Kr.	12.427	12.447	12.425	12.445

Die „Vaterländische und Rheinische, Vereinigte Versicherungsaktiengesellschaft“ erklären, daß von Schwierigkeiten keine Rede sein könne, und daß die gedauerten Vermutungen deshalb unrichtig seien. Eine längere Erklärung, die zu den Gerüchten Stellung nimmt, folge.

Stichtoffkonzern in Baden-Baden. Am 7. September findet in Baden-Baden eine Versammlung der Stichtoffzeuger statt, bei der verschiedene Modalitäten erörtert werden sollen. Hierbei soll dem Vernehmen nach auch der Anschluß der französisch-belgischen Stichtoffzeuger an das deutsch-englisch-chilenische Stichtoffkartell zur Aussprache kommen.

Staatsanzeiger

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 31. August 1929 im Lande Baden verseucht mit:

Maul- und Klauenseuche	
Amtsbezirk:	Gemeinde:
Aberlingen	Vermittingen, Klustern.
Schweineseuche und Schweinepest:	
Amtsbezirk:	Gemeinden:
Bretten	Bretten
Freiburg	Wittental
Karlsruhe	Reingarten
Mannheim	Mannheim-Feudenheim, Pfalzstadt, Brühl, Gdingen, Joesheim, Seddenheim, Schriesheim, Wilflingen, Eisingen, Hamberg, Sulzburg
Pforzheim	Sulzbürg
Stadach	Sindelwangen.
Räude der Einhufer:	
Amtsbezirk:	Gemeinden:
Karlsruhe	Knielingen
Pforzheim	Röttingen

Badisches Statistisches Landesamt.

Hermes Bruchleiden

würden nach unserer Methode der orthopädischen Bruchbehandlung gute Erfolge erzielt.

Seit 10 Jahren hatte ich unter einem Leistenbruch von Hüftgröße sehr zu leiden. Mehrere Bruchbänder (mit und ohne Feder) haben keinerlei Besserung gebracht, ich konnte aber ohne ein solches keinen Schritt gehen und bedurfte jedweder Vorsicht bzw. möglicher Schonung. Durch die Behandlung des orthop. Instituts „Hermes“ bin ich von meinem lästigen Bruch vollkommen geheilt, bedarf keines Bruchbandes mehr seit 8 Monaten und fühle mich wie neugeboren, was ich hiermit dankbar zum Ausdruck bringe. . . . Db.-Telegr.-Schr. Sch., Wiesbaden, 14. 2. 29.

Bin 61 Jahre alt und muß als Bäckermeister schwer arbeiten. Hatte einen Leistenbruch links seit über einem Jahre, hüftgroß u. ging in den H. . . . Da ging ich zum „Hermes“-Doktor und bin jetzt ganz geheilt, gehe seit zwei Monaten ohne Band und arbeite alles. Karl Grahn, Rürbach bei Bretten, 13. 5. 29.

Weitere Auskunft auf Anforderung. (Doppeltes Rückporto erbeten.) 776

Sprechstunde unseres Vertrauensarztes in:

Karlsruhe: Sonntag, 8. Sept., vorm. 10—2 Uhr, Bahnhofshotel.

Karlsruhe: Montag, 9. Sept., vorm. 9¹/₂—1 Uhr, nachm. 2—5 Uhr, Hotel Luz (am alten Bahnhof).

Bruchsal: Dienstag, 10. Sept. vorm. 9¹/₂—1, nachm. 2—6, Bahnhofshotel Friedrichshof.

„Hermes“ Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., Hamburg, Eiplanade 6. (Arztl. Leiter: Dr. G. L. Meher.)

SOMMEROPERETTE

im Städtischen Konzerthaus

Donnerstag 5. September jeweils 20 Uhr Freitag 6. September

Zu herabgesetzten Preisen (1,20—4,50 M)

Die beiden letzten Gastspiele

Kammersänger

ROBERT HUTT

v. d. Staatsoper Berlin in der großen Ausstattung-Operette

Madame Pompadour

Enteignung zugunsten der Städt. Straßenbahn in Karlsruhe.

Seitens der Stadt Karlsruhe ist zwecks Ausbau der Städt. Straßenbahn in Daglanden der Antrag auf Einleitung des Verfahrens nach Maßgabe des § 29 des Enteignungsgesetzes gestellt worden. Tagfahrt zur Verammlung der Kommission ist gemäß Paragraphen 19, 23 und 29 des Gesetzes angeordnet auf

Mittwoch, 11. September 1929, nachmittags 17.30 Uhr, in das Gemeindefekretariat Daglanden, woselbst die Pläne sowie die Verzeichnisse der in Anspruch genommenen Grundstücke bis zur Tagfahrt zu jedermanns Einsicht niedergelegt sind. §. 491

Die Beteiligten werden ersucht, schon vor der Tagfahrt dem Bezirksamt (Zimmer Nr. 55) oder dem Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe von etwaigen Anträgen und Einsprachen, die sie in der Tagfahrt vorzubringen beabsichtigen, Kenntnis zu geben. Karlsruhe, den 31. August 1929. D.-Z. 68

Badisches Bezirksamt, Abteilung II.

G. BRAUN KARLSRUHE I. B.

VORMALS G. BRAUNSCHE HOFBUCHDRUCKEREI U. VERLAG-GMBH KARLSRUHE I. B. KARLFRIEDRICHSTR. 14

DRUCK-ARBEITEN

JEDER ART FÜR WERBEZWECKE ORGANISATION-VERWALTUNG-WISSENSCHAFT

Bauarbeitenvergebung

Ausarbeiten für den Neubau von Beamtenwohnhäusern an der Karl-Wilhelm-Straße in Karlsruhe nach der Verordnung des Finanzministeriums vom 20. Januar 1928 öffentlich zu vergeben: Kuparbeiten, Fliesenbeläge, Terrazzo, Holzfußböden, Glaser, Schreiner, Schlosser, Lüncher, Tapezierer, Installationsarbeiten, elektrische Beleuchtung und Klingelanlage. 459

Zeichnungen während der Vormittagsstunden im rechten Flügelbau des Bezirksbauamts Stephaniensstraße 28, vom 2. bis einschließlich 14. September einzusehen.

Angebotsformulare, solange der Vorrat reicht, ebenfalls dort erhältlich. Abgabe von Zeichnungen oder Versand nach auswärtig ausgeschlossen.

Angebote verschlossen postfrei, mit kennzeichnender Aufschrift, spätestens bis 16. September 1929, vormittags 11 Uhr, einzulegen. Zuschlagsfrist: 4 Wochen. Karlsruhe, 30. Aug. 1929. Bezirksbauamt.

Freihändiger Kadellangholzverkauf

Forstamt Bondorf, Montag, den 16. September 29, vormittags 10¹/₂ Uhr, etwa 3600 fm. Losverzeichnisse durch das Forstamt. 490

Ausschreibung einer Beamtenstelle betr.

Bei der Kreisverwaltung Lörrach ist alsbald die Stelle eines Verwaltungs-obersekretärs zu besetzen. Die Besoldung richtet sich nach dem Besoldungstarif für Gemeinde- und Kreisbeamte (früherer Gruppe VII mit späterer Vorrückung nach VIII) mit Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung.

Nur solche Bewerber, welche die Prüfung für den gehobenen mittleren Dienst in der Kreisverwaltung oder eine ähnliche Fachprüfung für Gemeindebeamte abgelegt haben, finden Berücksichtigung. Bewerbungen sind bis zum 15. September beim Kreisrat in Lörrach einzureichen. 3.795

Lörrach, 2. Sept. 1929. Der Kreisrat.

COLOSSEUM

TÄGLICH 8 UHR

GASTSPIEL

Millowitsch

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“